SCHLAGLICHT

Nr. 31

24.5.83

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

SCHLAGLICHT!

erscheint 14-tägig

Impressum

An dieser Nr. haben mitgewirkt:

Michael Siebel
Ulrike Habel
Folkmar Nilkes
Franz Nagel
Roland Wengenmayr
Peter Hille

V.i.s.d.P AStA der TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 31: 24.5.83

INHALT

Eliten? WRK und "geistig-moralische Wende" S. 2

Unter die Talare der Muff von 1000 Jahren (Was unser Bundeskanzler zur neuen Bildungspolitik meint) S. 4

Bericht aus dem Stupa S. 6

Hochschulpolitische Gruppen Veranstaltung zum sauren Regen S. 9

Hochschulpolitische Nachrichten S. 10

Veranstaltungen S. 12

ÜBER DIE GLEICHHEIT

Me-Ti sagt: Erst wenn die Gleichheit der Bedingungen geschaffen ist, kann von Ungleichhiet gesprochen werden. Erst wenn die Füße aller gleich hoch stehen, kann entschieden werden, wer höher ragt als der andere.

(Bertolt Brecht)

ELITEN?

WRK UND "GEISTIG-MORALISCHE WENDE"

Am 9. und 10.5. tagte die Westdeutsche Rektorenkonverenz in Darmstadt. Diese Tagung, vor allem aber die anwesenden konservativen Politiker(innen), zeigten, die bildungspolitische Offensive der Rechtsregierung läuft ununterborchen. Erster Schritt in der Abschaffung des Rechts auf Bildung war die Streichung des Schülerbafögs und die Umstellnug des Studentenbafögs auf Darlehnesbasis.
Es geht dabei nicht ums Geld, denn 1983 erden nur 200 Millionen eingespart, Darlehensrückzahlungen werden sogar erst nach 1990 spürbar werden.
Dementsprechend war das Thema der abschließenden Podiumsdiskussion "Brauchen wir eine neue Bildungspolitik" an der Realität vorbeigestellt, denn es gibt sie schon. Ihr Grundsatz ist " auslesen statt fördern".
Fortschrittliche Bildungsansätze, wie Gesamtschulen und Förderstufen werden sabottiert und das alte Dreiklassenschulsystem wird zementiert. Die geplante Begabtenförderung dient einzig und allein dem Zweck von den Konservativen als "begabt" erkannte Kinder aus einkommensschwachen Familien zu angepaßten, unkritischen,stromlinienförmiger Strebern zu erziehen.
Da die Begabung ja immerwieder über Noten festgestellt wird, heißt dies , hast du die gleichen Noten wie ein Sohn reicher Eltern, dann entscheidet der Geldbeutel gegen die weitere Ausbildung. Chancengleichheit ist dann: "Es ist niemandem verboten , aufs Gymnasium zu gehen oder zu studieren."

Was hier unter dem Banner "Gegen Gleichmacherei" durchzusetzen versucht wird, ist die Aufrechterhaltung und Restauration einer konservativen, hierarchischen Gesellschaftsstruktur.
Da auch diese Herren wissen, daß Struktur und Entwicklung der Gesellschaft von der Form des Bildungssystems mitbestimmt werden, soll ihre Vorstellnug von Gesellschaft sich auch dort wiederspeigeln. So kämpften sie doch nicht gegen die Gesamtschule, weil es ihnen um die "Qualität" der Ausbildung geht.
Sie wollen die Dreiklassenschule, weil sie die gewünschte gesellschaftliche Hierarchie sichert: Eliteausbildung einer kleinen Gruppe für die Führungsaufgaben in Wirtschaft und Staat, darunter die breite Masse, ausgebildet für den effizienten Einsatz in Verwaltung und Witschaft.
Entfaltung der Persönlichkeit, Befreiung aus Abhängigkeit und Zwängen (eben Emanzipation von alten Hierarchien) sind Möglichkeiten der Bildung, die die Reaktion wie der Teufel das Weihwasser fürchtet.

ALTERNATIVEN ZUR HOCHSCHULAUSBILDUNG

Immer um eine Erklärung ihrer Politik bemüht, so versucht man auch jetzt, die Notwendigkeit nicht zu studieren, zu erklären. Da bemühte z.B. "unser" Kanzler he! Kohl in seiner Ansprache an die WRK die schlechte Entwicklung für Hochschulabgänger auf dem Arbeitsmarkt: "Gemessen am gegenwärtigen Bedarf des Arbeitsmarktes liegen die Absolventenzahlen sowohl der Berufsausbildung, wie auch der Hochschulausbildung zu hoch. Besonders ungünstig sieht die Entwicklung für die Hochschulabsolventen aus. Erklärt wird dieses Mißverhältnis mit dem nicht zusammenpassen von Bildungssystem um Beschäftigungsystem. Hier wird das Symptom zur Ursache, von Wirtschaftskrise kein Wort und der Überschuß ist selbst schuld, denn mann darf es sich ja nicht zu einfach machen.
Wie sieht es aber tatsächlich aus, noch liegt die Arbeitslosenquote von Akademikern unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Durch die Verlängerung des Ausbildungsweges wird und wurde der Arbeitsmarkt entlastet, denn solange man z.B. studiert, beansprucht man keinen Arbeitsplatz.
Eine Reduktion von Studienplätzen oder auch der Studienanfängerzahlen, die die Rechtsregierung fordert, würde also ziemlich schnell auf den Arbeitsmarkt zurückschlagen. Dies ist ein Beleg mehr, daß es im Bildungsbereich nicht um Qualität oder wirtschaftliche Aspekte geht, sondern um die Restauration reaktionärer Vorstellung.
Die von Kohl geforderte Alternative für Abiturienten im beruflichen Bereich ist eine Fiktion, die vollkommen abgehobne von der witschaftlichen Situation ist. Geradezu peinlich wirken Kohls Aussagen zu dem Überschuß, denn Überschuß ist das nur in dem Sinn, daß die Wirtschaft und wahrscheinlich auch er mit diesen Menschen nichts anfangen kann. Während unsere Gesellschaft genügend Aufgaben bereitstellen würde, ja fordert, im sozialen Bereich, im Umweltschutz, muß dies alles ungetan bleiben, solange die Gesellschaft und der Staat unter dem "Primat" der Wirtschaft stehen (Primat der Politik, Politik der Primaten! der Tipper)

VERHINDERN , WAS IN HESSEN ZU VERHINDERN IST.

Nach anfänglichen Erfolgen ist eine Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte ni Hessen gescheitert. So sit es zwar gelungen, ein Vorschaltgesetz mit einer sozialen und ökologischen Prägung zu verabschieden, danach scheiterten SPD und Grüne schließlich doch an Vorurteilen und Fehlern beider Seiten.
Im Herbst soll jetzt gewählt werden und es geht darum, ob auch in Hessen konservative Bildungspolitik gemacht wird, oder nicht. Die Einführung von z.B. Studiengebühren, die auch Ländersache sind, wird es nach Aussage von SPD-Politikern nicht geben.
Die Förderstufe wurde z.B. in Kassel von Grünen und SPD gemeinsam durchgesetzt. Von einer CDU-Regierung haben wir nichts zu erwarten, außer Einschränkungen, politischen Knebelung und Gragesruhe im Land. Deshalb im Herbst....
Im Übrigen im Juni wählen wir ein neues Studentenparlament , auch die TH blieb von rot-grünen Konflikten nicht verschont, doch dies Konflikte gingen nicht um die gemeinsame Gegnerschaft, zur reaktionären Bildungspolitik und diese Gemeinsamkeit werden in den nächsten Jahren brauchen.
Deshalb auch schon jetzt gegen die Unterstützer der konservativ-liberalala Bildungspolitik.

Uwe Arndt

UNTER DIE TALARE DER MUFF VON 1000 JAHREN

DR. PHIL. HELMUT KOHL REDETE VOR DER WRK IN DARMSTADT.

Mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz hatte Bundeskanzler Kohl wohl endlich das Publikum*, das er braucht, um seine von der Sorge um das Wohlergehen des deutschen Volkes hervorgebrachten bildungspolitischen Vorstellungen zu vertreten.
Denn die WRK hat sich, so Kohl, "gerade in der hinter uns liegenden Zeit erheblicher hochschulpolitischer Auseinandersetzungen durch eine Politik des Augenmaßes und der Kontinuität bewährt"...
"Die gewählten WRK-Präsidenten haben bei allen ... Auseinandersetzungen stets einen Kurs der Mitte gesteuert... ."
Nicht nur, daß es eine Eigenart rechter Politiker ist, sich als Kandidat der Mitte darzustellen, die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich in der Vergangenheit auch allzuoft als Verfechter überholter Bildungsideale profiliert.
"Eine Hochschule, die 10.000 oder gar 20.000 Studenten umfaßt, kann nicht mit denselben Methoden oder derselben Mentalität geführt werden wie die fast intime, klassische Universität des vergangenen Jahrhunderts und auch noch der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts."
Hier hat unser Herr Bundeskanzler sicherlich Recht. Doch diese Erkenntnis hindert ihn nicht daran, den Weg zurück zu Humboldts Zeiten einzuschlagen.
"Die deutschen Hochschulen werden nur dann wieder zu ihrer alten Blüte zurückfinden, wenn wir uns bewußt und gezielt für eine Differenzierung einsetzen." ...
"Ich möchte hier einen ausdrücklichen Dank an die Hochschullehrer formulieren, die von allen Gruppen der Hochschule die höchste Verantwortung tragen, Adressaten und Mittler der Hochschulpolitik sind und den wissenschaftlichen Rang und die Qualität der in der Hochschule geleisteten Forschung und Lehre prägen." ...
"Sie werden deshalb in der Hochschulpolitik der neuen Bundesregierung wieder den besonderen Rang einnehmen, der ihnen nach ihrer Aufgabe in der Hochschule zukommt."

FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE HOCHSCHULPOLITIK!

Man beachte die Gewichtung. Nicht die Mitbestimmung von wissenschaftl. Mitarbeitern an der Forschung, nicht die Mitarbeit der Studenten an Inhalten und Form der Lehre, die ja in erster Linie sie betrifft, ist das geeignete Mittel, um den Hochschulen das Bestehen der "Herausforderungen der Zukunft" zu ermöglichen, sondern die Rückkehr zur autoritär geführten Ordinarienuniversität.

* Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß in der WRK nicht nur Rechte sitzen, was sich unter anderem in der mit einer "Kampfabstimmung" verabschiedeten Stellungnahme gegen Studiengebühren gezeigt hat.
Allerdings dominieren die konservativen Äußerungen dieses Gremiums.

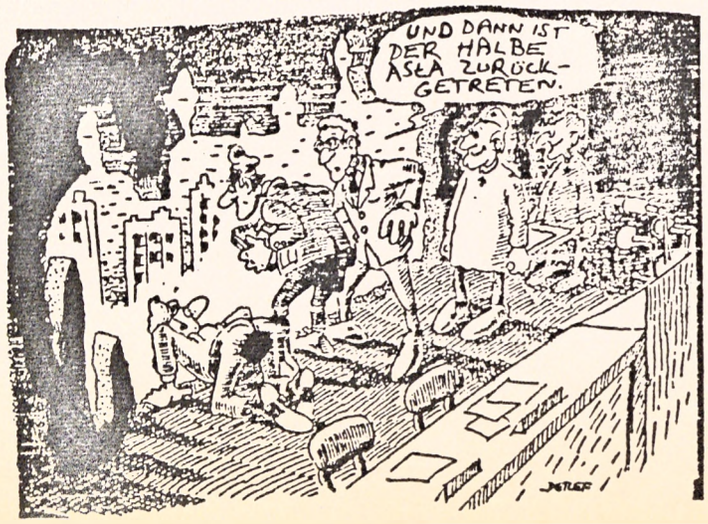
Wer weiß, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz zur Zeit an Plänen arbeitet, das Hochschulrahmengesetz (HRG) zu ändern, kann die Brisanz solcher Äußerungen abschätzen.
Dazu die Anerkennung der Westdeutschen Rektorenkonferenz als Institution der Selbstverwaltung und Selbstkoordination der Universitäten und Hochschulen" durch Helmut Kohl (Ex Bundeskanzler Schmidt weigerte sich bis auf ein mal, vor der WRK zu sprechen) läßt schlimmes erwarten.
Unser Bundeskanzler machte aber auch deutlich, daß es mit einer internen Umstrukturierung der Hochschulen nicht getan ist. Es geht auch um eine Anpassung an die bestehenden Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse.
"Wir dürfen nicht übersehen, welche Schwierigkeiten und Sorgen sich für den einzelnen und seine beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten daraus ergeben, daß das Bildungssystem und das Beschäftigungssystem nicht reibungslos zueinander passen." ...
"Insgesamt machen diese Überlegungen deutlich, wie dringend erforderlich es ist, daß wir alle gemeinsam noch sehr viel ernsthafter als bisher darüber nachdenken, wie der Gesamtzusammenhang zwischen der Wirtschafts-, der Finanz-, der Arbeitsmarkt- und der Familienpolitik mit der Bildungspolitik wiederhergestellt werden kann."
Mit Vorschlägen, wie sie sich die Herstellung dieses "Gesamtzusammenhangs" vorstellt, hält die neue Bundesregierung nicht hinter dem Berg. Die Hochschulen sollen in einen Wettbewerb treten, nach marktwirtschaftlichen Prinzipien miteinander konkurrieren.
"Wir müssen dabei den Mut haben, wissenschaftlich besonders produktive Universitätsinstitute gezielter zu fördern und mehr als bisher zwischen guten und weniger guten Universitäten und Hochschulen zu differenzieren."
Dies setzt freilich auch eine Mentalitätsänderung bei vielen Wissenschaftlern voraus, die mehr dem Anspruchs- als dem Wettbewerbsdenken verhaftet sind."
Die Konsequenz ist eine "Amerikanisierung" des Studiums mit Beteiligung der Studenten an den institutionellen Ausbildungskosten, allerdings ohne die Professoren unter den selben Erfolgsdruck zu setzen wie in den USA.
Die Höhe der Ausbildungskosten respektive Studiengebühren richtet sich dann nach dem Ruf der Hochschule und den Berufsaussichten der Absolventen.
Weitergehende Vorstellungen äußerte der bisherige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Georg Turner.
Er setzt auf ein Bildungssystem mit kurzen Studiengängen zur Deckung des Bedarfs der Industrie an wissenschaftlichen Arbeitskräften und Ingenieuren, darüber hinaus soll ein Aufbaustudium eine kleine elitäre Führungsschicht auf ihre Aufgaben vorbereiten.
Wer einen Anspruch auf eine "wissenschaftliche Vertiefung" (Turner) seines Studiums hat, entscheiden dann zweifelhafte Begabungsvorstellungen und der Geldbeutel der Eltern.
Tja, meine Herren (und Damen, entschuldigung Frau Wilms!), da kann man ja nur noch die Worte des hessischen Ministerpräsidenten Börner anläßlich der WRK in Darmstadt zitieren:
"Längst nicht jeder, der in unseren Tagen dem Zeitgeist gemäß nach neuem Mut zur Elite ruft, hätte ja begründet Aussicht, selbst dazu zu gehören."

Professorale Wahrnehmungsfähigkeit für studentische Probleme

STUDENTENPARLAMENT BESCHLIESST VV

Eigentlich begann die letzte Sitzung des STUPA vielversprechend. Ohne lange Verzögerung wurde der Haushalt verabschiedet. Zwar gaben die JUSOs wieder eine Erklärung ab, in der sie zum Ausdruck brachten, "daß sie dem Haushalt nicht aus Überzeugung" zustimmten, aber auch die öffentliche Diskussion über den Haushalt, zu der der AStA eingeladen hatte, zeitigte nicht das Interesse, was man sich wohl vorgestellt hatte. So erfolgte dann doch letztlich die Zustimmung.
Da auf der Vorletzten Stupa Sitzung der Finanzreferent Zurückgetreten war, hatte der AStA in der Zwischenzeit D.Jakob mit den Aufgaben des Finanzreferenten betraut. Um für diesen Schritt die nachträgliche Zustimmung des Parlaments zu erhalten, wurden Anträge beschlossen, die diese Vorgehensweise grundsätzlich billigten.
Auch die folgende AStA-Wahl verlief harmlos. Obwohl der RCDS in Flugblättern verkündete, er werde auf dieser Sitzung den AStA wieder handlungsfähig machen, stellte er keinen eigenen Kandidaten auf. Natürlich wählte er auch nicht den Kandidaten der GAL, der im 3. Wahlgang mit den Stimmen der JUSOs und GAL die erforderliche Mehrheit erhielt.

Doch so vielversprechend alles begonnen hatte, so tief rissen die Gräben bei der dann folgenden Wahl des Hochschulreferenten wieder auf.
In 6 Wahlgängen konnte weder Stefan Brendel von der GAL noch Michael Siebel von den JUSOs die erforderliche Anzahl der Stimmen auf sich vereinigen. Brendel, der ohne Programm kandidierte und sich auf seinen Programmentwurf von vor einem Jahr berief, wies auf seine Aktivitäten in Sachen Abendmensa hin. Siebel, der ein umfangreiches Programm den Fraktionen zur Diskussion vorgelegt hatte, erweiterte in der mündlichen Befragung zu seiner Kandidatur die Arbeitsbereiche Studentenwerk und Wissenschaftsladen um die Mitarbeit in einer zu gründenden Friedensinitiative an der THD.
Konnten sich der RCDS und die UDS nicht für einen eignen Kandidaten entscheiden so war offenbar auch die Wahl eines der vorgeschlagenen nicht drin.
Einig waren sich dann aber GAL und RCDUDS in der Vertagung des TOP "AStA Wahlen".
Bei der Beratung der Anträge zeigte sich dann, daß es zwischen JUSOs nud GAL immernoch Gemeinsamkeiten gibt. Ein Antrag der JUSO Hochschulgruppe, Anfang Juni eine TH Vollversammlung durchzuführen, wurde gemeinsam angenommen und vom RCDS abgelehnt.
(Der Antrag ist im Wortlaut abgedruckt)



Das Studentenparlament möge beschließen:

Der AStA wird beauftragt, Anfang Juni eine TH-Vollversammlung zu folgenden Themen durchzuführen:
- Studiengebühren
- Novellierungspläne zum Hochschulrahmengesetz
- BAFöG

Insbesondere durch die Diskussion im Rahmen der Westdeutschen Rektorenkonferenz wurde wieder einmal deutlich, daß die Studentenschaften auf die "gewendete" Politik der Rechtsregierung reagieren müssen.
Der AStA wird weiterhin beauftragt, die Fachschaften bei vorher stattfindenden Fachbereichs-Vollversammlungen informell zu unterstützen. Die Studentenschaft soll über geeignete Medien über die Entwicklung des Hochschulrahmengesetzes informiert werden.

Breite Einigkeit über alle Fraktionen konnte dann sogar ein Antrag der JUSOs auf sich versammeln, der die Unterstützung aller Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit den Bücherverbrennungen am 21.6.1933 durchgeführt weden, fordert. (auch im Wortlaut)

Das Studentenparlament möge beschließen:

Der AStA wird aufgefordert, anläßlich des 21. Juni über die Bücherverbrennungen der Faschisten in Darmstadt zu informieren und gegebenenfalls stattfindende Veranstaltungen zu unterstützen.

Begründung:
Am 21. Juni 1933 fand in Darmstadt eine Bücherverbrennung statt. Dort sollten Autoren wie Brecht, Tucholsky, H. Mann etc. aus dem Bewußtsein der Menschen gelöscht werden, was die Fortführung des totalitären, ideologisch gesteuerten Staates bedeutete.
Die Bücherverbrennungen in Darmstadt sind maßgeblich von Korporationen und der Studentenschaft unter Führung des NSDStB durchgeführt worden.
In die letzten 50 Jahren wurde viel vergessen und deshalb werden auch heute faschistische Schmierereien - auch an der THD - verharmlost. Wir meinen, daß das Wissen um unsere Vergangenheit uns vor einer erneuten Schreckensherrschaft - vielleicht diesmal mit den Ausländern als verteufelte Minderheit - bewahren kann.

ASTA SERVICE

Studenten-Ausweise

Der AStA stellt Internationale Schüler- und Studentenausweise aus.

Mitzubringen sind:

- eine gültige Studienbescheinigung
- ein Paßbild
- 6.00 DM

KFZ-Verleih

Unsere Preise :

- Mindestrechnungsbetrag pro Kalendertag (bei Vertragsabschluß al Anzahlung zu entrichten)		30.00 DM
- Vertragspauschale		10.00 DM
- Mietpreis	pro Stunde	2.00 DM
	pro Tag	16.00 DM
- Preis pro Kilometer		0.25 DM

Näheres über die Konditionen erfahrt ihr während der Geschäftszeit im AStA-Büro.

Rechtsberatung

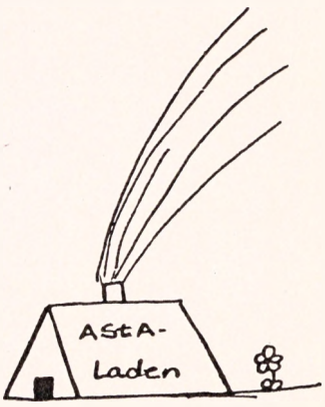
Der AStA der THD hat mit einem Darmstädter Rechtsanwaltsbüro ein Pauschalabkommen über Rechtsberatungen. Die Rechtsberatung ist für Studenten der THD kostenlos, wenn der Fall von allgemeinem studentischen Interesse ist.

AStA-Laden

in der Stadt-Mensa

Ringbucheinlagen, kariert, 50 Blatt

Ringbucheinlagen DIN A4,kariert,	50 Blatt	1.10 DM
	250 Blatt	5.00 DM
Schreibmaschinenpapier (500Blatt)		7.50 DM
Spiralblöcke (80 Blatt)		3.10 DM
gebrauchte Ordner	1 Stück	1.80 DM



ÖFFNUNGSZEITEN :

MO - FR, 10°° - 14°°

Die Veranstaltung zum aktuellen Thema

Saurer Regen

Der "SAURE REGEN" geistert durch die bundesdeutschen Medien und beherrscht Wahlkampf, Tagespolitik und Wälder.

Die ZEIT äußert sogar in ihrer ersten Ausgabe des neuen Jahres die Befürchtung, daß es möglicherweise binnen 20 Jahren keinen deutschen Wald mehr geben könnte.

Sicherlich ist diese Vision etwas zu weit gegriffen, auch wenn sie nach dem heutigen Kenntnisstand der Ausmaße des Waldsterbens und dem "Umweltbewußtsein" der Bürger, der Industrie und der Politiker nicht mehr unmöglich erscheint.

Nahezu wöchentlich werden wir von Wissenschaftlern und solchen, die es noch gerne werden möchten, mit neuen Theorien zum Waldsterben "beglückt". Obwohl bereits zigfach die Gefährlichkeit des Schwefeldioxids (SO_2) in Freilanduntersuchungen und Labortests nachgewiesen wurde, wird dies doch von "kompetenten Forschern" immer wieder durch eigene Theorien in Zweifel gezogen. Mal ist es das Ozon, ein anderes Mal ist es das Radar. Daß diese Untersuchungen sich wie im Falle des Ozons im nachhinein als Nepp entlarven, schadet weniger den Hintermännern dieser "neuen" Theorie als vielmehr Denjenigen, die möglichst schnell etwas gegen den immensen SO_2-Ausstoß (in der BRD jährlich rund 3,5 Mill. Tonnen!) unternehmen wollen. Ihnen wird nämlich gerade von Seiten der Industrie immer wieder vorgeworfen, daß der Nachweis, das SO_2 sei Hauptverursache des Waldsterbens, überhaupt noch nicht geführt worden sei. Es gäbe ja noch so viele andere Erklärungen des "Phanomens" Waldsterben.....

Die primäre Ursache des Baumsterbens ist jedoch, daran gibt es wohl keine Zweifel mehr, die Luftverschmutzung. Wie die vielfältigen Kausalketten im Einzelnen auf den Boden, die Wurzeln oder die oberirdischen Organe der Pflanzen wirken, dürfte eigentlich keine Rolle mehr spielen, wenn es daraum geht, die Emisionen (Schadstoffausstoß) zu begrenzen.

Die Summe dieser Schadstoffe wirkt jedenfalls letztendlich tödlich auf die Bäume, was wohl keines wissenschaftlichen Beweises mehr bedarf. Und die Politiker stehen dabei und schauen zu. Eine unter viel Getöns in Kraft gesetzte "Großfeuerungsanlagen-Verordnung" (GFVo) entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zahnloser Papiertiger, die der Industrie nicht schadet , aber aufgebrachte Öko-Gemüter beruhigt. Allein die Art der allgemeinen Grenzwertfestsetzung (B. 400 mg SO_2/m^3 Luft gegenüber 90 mg SO_2/m^3 in Japan) über die Einbezienung von Altanlagen bis hin zu großzügigen Ausnahmeregelungen machen dieses neue Gesetz zu einer Farce.

Doch was wird unternommen sowohl von Seiten der Industrie als auch von Seiten der Politiker? Die technischen Möglichkeiten zur Reduzierung des Schadstoffausstosses sind vorhanden, sie müßten nur noch in die Tat umgesetzt werden. Daß dies die Industrie bei ihrem "Verantwortungsbewußtsein" für die Allgemeinheit und dem veranschlagten Preis von rund sechs Milliarden DM nicht freiwillig macht, ist verständlich. Es erscheint jedoch geradezu als Hohn, wenn man davon ausgeht, daß die jährlichen Schäden allein an den Wäldern über 300 Millionen DM betragen!

Diskussionsveranstaltung

Dienstag, 7. Juni 1983 um 20^{00} Uhr
im Wilhelm-Köhler-Saal (11/283)
Altes Hauptgebäude, Hochschulstr. 1

An der Veranstaltung nehmen teil:

R. Prami vom hessischen Umweltministerium

N. Stärz vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Ein Vertreter eines Kraftwerkbetreibers

angesprochen ist noch das Bundesinnenministerium

Eine Broschüre zum Thema "Saurer Regen" gibt es bei der Juso-Hochschulgruppe (wir haben auch noch eine weitere zum Thema atomare Wiederaufbereitung)

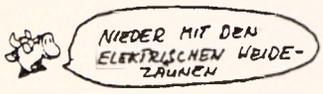
Wir treffen uns jeden Dienstag um 19^{00} in den AStA-Räumen im alten Hauptgebäude

Unabhängige und JUSOs

HOCHSCHULPOLITISCHE NACHRICHTEN

VDS ZU STUDIENGEBÜHREN

Die VDS unterstrichen vor Journalisten, daß der studentische Dachverband Studiengebühren ebenso wie die BAFöG Beschlüsse vom letzten Dezember entschieden ablehne. Die Einführung von Studiengebühren werde die Schuldenlast für Studenten noch weiter erhöhen und vor allem Kinder aus einkommensschwächeren Familien von einer Hochschulausbildung abschrecken. Der grundgesetzlich garantierten freien Berufswahl würde damit eine unüberwindbare finanzielle Hürde gegenübergestellt, Bildung wäre wieder nur für Reiche möglich, meinten die VDS.
Der Bildungsexperte der SPD - Bundestagsfraktion Gerd Weisskirchen der an der Pressekonferenz teilnahm, kündigte in diesem Zusammenhang Anträge seiner Fraktion im Bundestag an, mit denen die weitgehenden Streichungen bei der Schülerförderung und die Umstellung der Studentneförderung auf eine ausschließliche Darlehensförderung rückgängig gemacht werden sollen.
Schüler und Studenten kündigten für Anfang Juni Protestaktivitäten einschließlich Warnstreiks an den Hochschulen gegen den BAFöG Abbau und die eventuelle Einführung von Studiengebühren an,.
Die VDS erklärten, die Umstellung der Studentenförderung auf Volldarlehen wirke sich massiv aus.
So sei beispielsweise in Hamburg der Anteil der weiblichen Studien--anfänger zum Sommersemester dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 5% abgesunken. Aus einzelenen Instituten des zweiten Bildungsweges werde ein Anfängerrückgang bis zu 40% gemeldet.



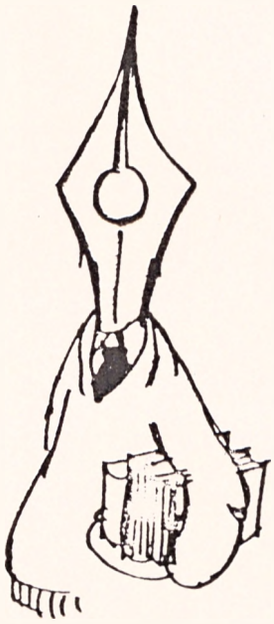
STUDENTENWERK ZUM WOHNHEIMBAU

Mit Sorgen hat das deutsche Studentenwerk darauf hingewiesen, daß die Unterbringungsquote von Studenten in Studentenwohnheimen rückläufig sei. DSW Generalsekretär Bachmann erklärte, 1979 seien noch 11.5% der Studenten in Wohnheimen untergebracht gewesen, zur Zeit seien es nur noch 9.6%!!!
Ursache für diesen Rückgang seien in erster Linie die steigenden Stdentenzahlen, mit denen der Wohnheimbau nicht habe schritthalten können. Zugleich sei mit dem Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Wohnheimbaus 1981 eine gewisse Stagnation im Bau von Studentenwohnheimen eingetreten.
Insgesammt sei der Rückgang der Unterbringungsquote vor allem deshalb bedauerlich, weil die Studentenwohnheime die Wohnform mit den geringsten Mietsteigerungen sei.

FÜR KÜRZERE SCHUL- UND STUDIENZEITEN

Für kürzere Schul- und Studienzeiten hat sich der Präsident der WRK , Prof. Turner, ausgesprochen.
Bei den Baden Badener Unternehmergesprächen erklärte Turner, die deutschen Jungakademiker seien nach 13 Jahren Schulzeit und im Durchschnitt 6 Jahren Studium im Vergleich zu ausländischen Hochschulabsolventen zu alt.
Er sprach sich dafür aus, daß die Studienberechtigung in der BRD künftig schon nach 12 Jahren Schule erworben werden sollte.
Für die meisten Studienfächer reiche anschließend ein 3 jähriges Studium bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß aus.
Nur für einen kleineren Teil der Studenten sollte sich nach dem Konzept Turners eine zweite Studienphase anschließen, die der wissenschaftlichen Vertiefung der Ausbildung dienen und den Nachwuchs an Wissenschaftlern heranbilden sollte.

DAZU UNSER KOMMENTAR:
Die westdeutschen Schüler haben zu wenig Allgemeinbildung(Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs), und haben zu wenig naturwissenschaftlich - technische Kenntnisse (Klage der Industrie). Dann muß ja logischerweise der Umfang des Lehrstoffs vergrößert werden. Hieraus folgt: die Schulzeit muß verkürzt werden.



VHW FÜR AUSBAU DER GRUPPENUNIVERSITÄT

Die Konsolidierung und den Ausbau der Gruppenuniversität - in der Sprache des Verbandes "Mitwirkungshochschule" - hat der Verband Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund gefordert. Auf seiner Vertreterversammlung in Regensburg grenzte sich der nach eigenen Angaben über 4000 Mitglieder aus allen Gruppen des Hochschulpersonals organisierende Verband am 22.April klar von Tendenzen ab, die Stellung der Professoren weiter auszubauen und die Mitwirkung des übrigen Hochschulpersonals "zu beschränken oder gar zu eliminieren". Eine solche Rükkehr zu den Hochschulstrukturen "von Humboldts Zeiten" nannte Prof. Heydemann (Kiel) "töricht", weil sie die Abhägigkeit einer effizienten Forschung und Lehre vom gut organisierten, vertrauensvollen Zusammenwirken der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie des technischen und Verwaltungspersonals an den Hochschulen verkenne. Gerade von diesen Personalgruppen kämen "unentbehrliche Innovationen", die erst deren Mitwirkung im Hochschulrahmengesetz vermehrt freigesetzt habe.

PLANWIRTSCHAFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG GERICHTLICH VERBOTEN

Im baden-württembergischen Landtag ist es am 21.April zu einer Auseinandersetzung über das Verhältnis von Ausbildungskapazitäten und Bedarf an Hochschulabsolventen gekommen. Die Opposition warf der von der CDU geführten Landesregierung einen"Trend zur Planwirtschaft" in der Hochschulpolitik vor. Sprecher von SPD,FDP und Grünen kritisierten, die Regierung versuche, die Studienplatzkapazitäten an den Hochschulen nach dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt auszurichten. Die FDP forderte die Landesregierung auf, Konsequenzen aus dem Urteil des Baden - württembergischen Verwaltungsgerichtshofes zu ziehen. Auch SPD und Grüne begrüßten das Urteil und warnten die Regierung davor, die Zahl der Studienplätze nach einem gar nicht genau festzulegenden Bedarf zu bemessen.

VERANSTALTUNGEN

Mo. 13.6. um 20 Uhr
im Schloß, Raum 36:
"Der Wald steht still und schweiget"
Vortrag von Prof. Grieshammer
zum Thema Luftreinhaltung/TA Luft

Mittwoch, 25.5., 20.15 Uhr
Im Hörsaal 52 unter dem
TH-Verwaltungsgebäude:
Marx als Philosoph der
"menschlichen Emanzipation"
(Prof Dr. Schmid-Kowarzik, Kassel)

BAFöG-Beratung des AStA
Mittwochs 14 - 17 Uhr
In der Lichtwiesen-Mensa,
AStA-Büro

Zyklus Ökologie
der Gesellschaft für positive
Zeitgestaltung
Ort: ehem. FORUM-Theater,
Pallaswiesenstr. 148

So. 29.5. 20 Uhr
Wer bestimmt, was und wie
produziert wird? - Wirtschafts-
wachstum, Rohstoffknappheit,
Arbeitsbedingungen

So. 12.6. 20 Uhr
Der Mythos des Hungers
Bevölkerungs- und Nahrungs-
probleme in der 3. Welt

Aus dem umfangreichen Angebot
der Katholischen Hochschulgemeinde,
(Ihr könnts Euch im AStA holen),
seien hier nur beispielhaft genannt:

das jeden Montag- und Dienstagabend
stattfindende Abendessen (19.30),
die Tea-Time (Mo - Fr um 16.00),
die Dampferfahrt a. d. Rhein am so.,
26.6. (Bitte bis 10.6. anmelden!),
"Ist die Arbeitsgesellschaft am Ende?"
mit Johano Strasser, Di.,7.6. 20 Uhr
in der TH, etc. etc.

Immer am Donnerstag um 18.45 Uhr im HR2:
"Notizen für Studenten"

2. - 5. Juni
in Bad Hönningen bei Königswinter:
Die Neuen Medien - Chancen und Gefahren
45 Mark Teilnehmerbeitrag

16. - 19. Juni
in Bad Hönningen bei Königswinter:
Feministische Wissenschaft
45 Mark Teilnehmerbeitrag

Auskunft und Anmeldung
Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und
Hochschulgemeinden (AGG)
Rheinweg 34, 5300 Bonn, Telefon 02 28 / 23 40 21

Mi. 8.6.
Hochschul-Sportfest
im Hochschulstadion

Fr. 10./Sa. 11. Juni
Hochschulfest
im Alten Hauptgenäude
je Tag 5 Mark Eintritt

ES SPIELEN:
FREITAG: NACHTSCHICHT
YOUR HEALTH
SPOT
SAMSTAG: HOB GOBLIN
STRASSENTHEATER
TAGORE
FRANKFURT CITY
BLUES BAND
JÜRGEN ABBERS
ROCKOMOTIVE EBERBACH
BI-S, FILMKREIS
FRIEDENSGRUPPEN
GRÜNE RADLER...

Frauenfilm
gezeigt von Filmkreis und
AStA-Frauenreferat,
Dienstags um 20 Uhr
im Köhlersaal, 3 Mark

Dienstag, 24.Mai:
Malou

Filmkreis
im Audimax, 2 Mark

Do. 26.5.
Tatis Schützenfest
(Komödie)

Di. 31.5.
Boulevard der Dämmerung
(wertvoll)

Di. 7.6.
Open-Air-Vorführung im Hof
hinter der Otto-Berndt-Halle
Toll trieben es die alten Römer
(Klamauk)
Eintritt frei!

Do. 9.6.
Johnny zieht in den Krieg
(Antikriegsfilm, USA 1971)

Do. 16.6.
Peter-Sellers-Film Nr.2
(Mehr wird noch nicht verraten)

Jux Tanz Termine

Schloßkeller

Fr. 27.5.
Aquirre
(Funk-Rock, 4 Mark)

Sa. 28.5.
Elastic Headache Band
(Latin Funk Rock, 4 Mark)

Mo. 23.5.
Frauendisco
(women only)

Di. 24.5.
Disco
(1 Mark)

Mi. 1.6.
Hinterkopf-Theater
(Polit-Kabarettt, 5 Mark)

Fr. 3.6.
Phonk
(Funk-Jazz,4 Mark)

Sa. 4.6.
Alfred Lora
(Zigeuner-Swing, 4 Mark)

Fr. 17.6.
SBS-Bigband
(Jazz, 4 Mark)

Kultur